

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Josef Philip Winkler, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hilfe für irakische Flüchtlinge ausweiten – im Irak, in Nachbarländern und in Deutschland

– Drucksachen 16/7468, 16/9006 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckart von Klaeden
Johannes Jung (Karlsruhe)
Dr. Werner Hoyer
Dr. Norman Paech
Jürgen Trittin

Über die Beschlussempfehlung werden wir später auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Rolf Mützenich, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne die folgenschwere Entscheidung der US-Regierung, im Irak zu intervenieren, müssten wir heute nicht über die Situation der Flüchtlinge reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Noch vor wenigen Tagen hat der frühere Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten, McClellan, eingeräumt, dass der Krieg gegen den Irak ein ernsthafter strategischer Missgriff war. Mehr als 4 Millionen Menschen sind noch heute, fünf Jahre nach Beginn des Irak-Kriegs, auf der Flucht. Nach 1948 ist dies die zweite große Flüchtlingswelle in der Region. Allein 2 Millionen Iraker leben in Syrien, Jordanien und dem Libanon. Nur etwa ein Drittel der ehemals 1,2 Millionen Christen im Irak sind heute noch im Land. Fünf von zehn Irakern müssen täglich mit weniger als einem

Euro überleben. Das ehemals vorbildliche Gesundheits- und Bildungssystem ist zusammengebrochen. 60 000 Iraker sind inhaftiert, die Mehrzahl von ihnen ohne Prozess oder Anklage. Die schreckliche Bilanz lautet: 1,2 Millionen Menschen sind getötet worden. Genauso viele Menschen wurden verwundet. Die Folgen des Irak-Kriegs sind desaströs. Schlimmer noch: Die angeführten Gründe für den Einmarsch waren eine niederträchtige Manipulation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

McClellan zieht ein verheerendes Fazit: Der Zusammenbruch der Kriegsgründe hätte keine Überraschung zu sein brauchen. Damit bezichtigt der ehemalige Pressesprecher im Weißen Haus nicht allein seinen ehemaligen Vorgesetzten der Selbsttäuschung. Auch denjenigen, die vor fünf Jahren den US-Streitkräften in den Irak gefolgt waren oder folgen wollten, schreibt er ins Zeugnis, sie hätten es bereits damals besser wissen können.

(Beifall bei der SPD und dem
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei
Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bin ich stolz darauf, dass die von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung den Irak-Krieg von Anfang an abgelehnt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Obwohl einzelne Medien sowie politische und gesellschaftliche Meinungsführer eine Beteiligung Deutschlands forderten, haben wir uns nicht beirren lassen. Damals hat die SPD in einem geschichtlichen Moment wieder richtig gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn wir nicht alle furchtbaren Entwicklungen vorhersehen konnten, wussten wir, dass dieser Krieg falsch war. Wir befürchteten auch, dass die Invasion im Irak die Region destabilisieren und die europäische Sicherheit bedrohen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir gegen den Krieg waren, hat Deutschland sogleich geholfen. Wir haben bisher rund 300 Millionen Euro für den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Iraks bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In den letzten beiden Jahren haben wir allein für die Flüchtlingshilfe 8 Millionen Euro verausgabt. Im Jahre 2008 sind bereits 4 Millionen Euro in Projekte der humanitären Hilfe geflossen. Ein

Großteil der Leistungen kam den Aufnahmeländern direkt zugute.

Vor allem Syrien hat irakische Flüchtlinge aufgenommen. Viele der 1,3 Millionen Iraker leben im Großraum Damaskus. Nahezu jeder dritte Bewohner der Hauptstadt ist ein Flüchtling. Man kann sich die daraus erwachsenden Herausforderungen für das Schul- und Gesundheitswesen, für den Wohnungsmarkt und für die Strom- und Wasserversorgung nur ansatzweise vorstellen. Deshalb war es richtig, dass wir in den vergangenen Monaten vor allem Syrien bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme geholfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Besuche des Außenministers und der Entwicklungshilfeministerin in Damaskus dienen vor allem diesem Ziel. Deswegen ist es verwunderlich, dass diejenigen, die heute weitere Anstrengungen verlangen, diese Besuche damals kritisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, Frank-Walter Steinmeier und Heidemarie Wieczorek-Zeul haben mit ihren Gesprächen und ihren konkreten Hilfszusagen einiges für die Stabilisierung der Situation und der Region getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Neben den staatlichen Instanzen in den arabischen Nachbarstaaten des Iraks haben insbesondere Hilfsorganisationen versucht, die Probleme der Flüchtlinge zu lindern. So haben das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, das Internationale Rote Kreuz und der Rote Halbmond eine Menge bewegen können. Gleichzeitig haben Menschen und private Organisationen in Syrien, Jordanien und Libanon geholfen. Ihnen allen sei hiermit ganz herzlich gedankt!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass bereits heute 73 000 irakische Staatsangehörige in Deutschland leben, darunter viele Jesiden und Christen. Ich würde mir wünschen, dass weitere Iraker bei uns Schutz finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/ CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen den Vorstoß des Innenministers, sich dafür einzusetzen, dass in Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedstaaten weitere irakische Flüchtlinge aufgenommen werden. Jetzt geht es darum, diesen Vorschlag rasch umzusetzen. Im Sinne der notleidenden Menschen wäre es daher wünschenswert, wenn die EU-Innenminister bereits auf der morgigen Ratstagung einen Beschluss über die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge und über die EU-interne Lastenverteilung fassen würden.

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister:
Die Sitzung war heute Mittag!)

– Das werden Sie uns gleich berichten. Ich freue mich auf Ihre Rede, Herr Innenminister. Die SPD-Fraktion unterstützt Ihre Initiativen. Darüber hinaus tritt die SPD-Fraktion dafür ein, das Programm zur Wiederansiedlung des UNHCR in Deutschland zu etablieren.

(Beifall bei der SPD)

Nunmehr findet eine Debatte darüber statt, ob wir irakische Christen nach Deutschland holen sollten. Ich bezweifle, dass die Konzentration allein auf irakische Christen den Herausforderungen angemessen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE] und des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verschärft nicht bereits die Aufteilung entlang ethnischer und religiöser Trennlinien die Konfliktsituation im Irak und in der Region? Ist eine Frauenrechtlerin muslimischen Glaubens in Deutschland weniger willkommen als eine engagierte Politikerin christlichen Glaubens? Ist nicht ein Arzt muslimischen Glaubens genauso mit tödlicher Verfolgung konfrontiert wie sein Kollege christlichen Glaubens?

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Dürfen wir die Beweggründe für Flucht anhand des Glaubens relativieren?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Selbst wenn christlichen Flüchtlingen die Aufnahme in Deutschland erleichtert werden sollte, könnten wir nicht mit der Unterstützung des UNHCR rechnen. Denn ich glaube, dass die Einzelschicksale im Vordergrund stehen und nicht die Zugehörigkeit zu einer Religion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]:
Zu Recht!)

Was wir brauchen, ist eine Flüchtlingspolitik, die auf die individuellen Schicksale und nicht auf bestimmte Merkmale Bezug nimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Flüchtlingsproblem ist leider nur ein Problem von vielen. Deshalb hat sich Deutschland auf die Ausbildungshilfe im Berufs- und Sicherheitssektor konzentriert. Deutsche Institutionen haben irakische Sicherheitskräfte aus- und fortgebildet. Wir haben bei der Minenräumung geholfen. Schließlich haben wir den politischen und administrativen Wiederaufbau unterstützt, bei der Wahlbeobachtung geholfen und die föderale Entwicklung begleitet. Der Schuldenerlass beläuft sich gegenwärtig auf 5 Milliarden Euro. Angesichts der schwierigen Situation sind dies nur geringe Beiträge. Wir sollten uns darauf einstellen, dass die Hoffnungen und Anforderungen gegenüber Deutschland wachsen werden.

Es ist gut, dass wir in der vergangenen Woche zwei hochrangige Besucher aus dem Irak empfangen durften. Diese Konsultationen sollten fortgesetzt werden, auch im Irak. Angesichts der Sicherheitslage, aber auch angesichts der engen Beziehungen ist es derzeit durchaus angemessen und sinnvoll, sich auf den kurdischen Teil des Iraks zu konzentrieren. Zweifellos wäre die rasche Eröffnung eines Konsulats in Erbil ein wichtiges Zeichen. Ich würde dies begrüßen. Zugleich wäre es falsch, die anderen Regionen des Landes außer Acht zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland hat in den vergangenen Jahren dem Irak geholfen. Wir werden dies auch in Zukunft tun müssen. Wir sollten dabei eine Politik unterstützen, die den ganzen Irak und alle Menschen in den Blick nimmt. Vor allem gegenüber den arabischen Nachbarstaaten und dem Iran sollten wir deutlich machen, dass nur verlässliche, regionale Lösungen einen Sicherheitsgewinn für alle bringen können. Der Irak wird nur in einem so gesicherten Umfeld eine Zukunft haben können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei
Abgeordneten des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Elke Hoff, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Elke Hoff (FDP):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir heute, auch wenn es schon so spät ist, im Deutschen Bundestag über das Thema der Flüchtlinge im Irak und außerhalb des Iraks reden. Ich finde es auch gut, dass wir heute namentlich abstimmen. Kollege Mützenich, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze; aber ich muss Ihnen sagen, Sie sind die Erklärung schuldig geblieben, wie sich Ihre Fraktion nachher bei der Abstimmung verhalten wird.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS
90/ DIE GRÜNEN sowie bei
Abgeordneten der LINKEN)

Darauf bin ich nach Ihren Ausführungen sehr gespannt.

Wir alle müssen ein Interesse daran haben, dass die Region, dass der Irak so schnell wie möglich stabilisiert wird. Wir können in der Presse verfolgen und wir wissen auch aus den Gesprächen, die wir mit irakischen Kolleginnen und Kollegen führen, dass es darauf ankommen wird, zwischen den verschiedenen Ethnien und zwischen den verschiedenen religiösen Ausrichtungen eine Balance zu finden.

Deswegen kann ich die Intention und die Intonation dessen, was der Innenminister zurzeit auf europäischer Ebene betreibt bzw. was die Kolleginnen und Kollegen von der Union betreiben, nicht verstehen. Wenn Sie von den Schicksalen hören, wenn Sie sich mit den Flüchtlingen unterhalten, hören Sie auch von muslimischen Familien, dass sie bedroht worden sind, dass Mitglieder ihrer Familie massakriert worden sind, dass sie froh sind, es geschafft zu haben, aus dieser fürchterlichen Situation nach Jordanien oder Syrien zu fliehen. Wie könnten wir einer solchen Familie sagen: Ihr habt euer Leben gerettet; aber ihr habt das Pech, dass ihr der falschen Konfession angehört. – Das ist für mich keine christliche Handlungsgrundlage.

(Beifall bei der FDP sowie bei
Abgeordneten der SPD, der LINKEN
und des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Wir müssen beweisen, dass es uns um mehr geht: dass es uns um die Menschen geht und dass wir als Vertreter einer funktionierenden Demokratie, eines funktionierenden Staatswesens in der Lage sind, die Dinge zusammenzuführen.

Kollege Mützenich hat versucht, die Zuwendungen positiv darzustellen. Wir erleben aber, dass irakische Flüchtlinge diese Zuwendung nicht bekommen, dass Frauen und sogar erst zwölfjährige Mädchen gezwungen sind, sich zu prostituieren, ihren Körper zu

verkaufen. Das können wir nicht weiter hinnehmen. Die Probleme sind eben nicht gelöst. Es wird zu wenig getan. Der UNHCR hat erhebliche finanzielle Probleme. Wir sollten an dieser Stelle den Ländern Syrien und Jordanien einen Dank dafür aussprechen,

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

dass sie die Lasten getragen haben, die wir als westliche Wertegemeinschaft mit verursacht haben. Wir sitzen nicht nur in einem Boot, wenn wir unsere Werte in der Welt verkaufen wollen, wir sitzen auch in einem Boot, wenn wir dafür geradestehen müssen, was im Namen von Demokratie und westlicher Welt passiert ist.

Als Demokratin und Mitglied des Deutschen Bundestages fühle ich mich über die konfessionellen und die Parteigrenzen hinweg verpflichtet, so schnell wie möglich einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Menschen im Irak eine Perspektive bekommen. Wir müssen heute auch an die Zukunft denken.

Bei all den Analysen der Vergangenheit, die wir alle hinreichend kennen und die schrecklich genug sind, müssen wir auch eine Perspektive für die Stabilisierung des Iraks finden,

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

das heißt das, was der Kollege Mützenich in Ansätzen schon vorgetragen hat, nämlich den Austausch mit den Institutionen und das Vorantreiben des gemeinsamen Aufbaus von demokratischen Strukturen. Ich begrüße es, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen über die Parteigrenzen hinweg die Situation in Syrien und Jordanien angeschaut haben, und ermuntere sie, auch den Weg in den Irak zu finden. Wir setzen dadurch ein Zeichen, dass uns wirklich daran liegt, das, was wir hier verkörpern und wofür wir einstehen, auch den Menschen zukommen zu lassen, die das – unter schlimmsten Bedingungen – wollen.

Als ich die Gelegenheit hatte, den Irak zu besuchen, haben sie mir gesagt: Wir wollen nicht euer Geld, wir wollen auch keine militärische Hilfe, sondern wir wollen wissen, wie es die Bundesrepublik Deutschland geschafft hat, zu einer blühenden und prosperierenden Demokratie zu werden. Helft uns dabei! – Diese Anliegen, Wünsche und Forderungen kamen über die religiösen, ethnischen und regionalen Grenzen hinweg.

Herr Bundesinnenminister, ich begrüße Ihre Initiative zusammen mit den Kollegen Innenministern der Länder auf europäischer Ebene. Es würde mich jedoch sehr freuen, wenn Sie diesen Pfad verlassen und all die Menschen mit einschließen würden, die unsere Hilfe brauchen, weil wir damit beweisen würden, dass wir Demokraten und auch Christen sind.

Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe dem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Not und das Elend der Flüchtlinge im und aus dem Irak ist so groß, dass es in der Tat gut ist, dass wir das Thema nicht mit mehr Streit behandeln, als es von der Sache her unvermeidbar ist.

Ich bin gerade vom Rat der Justiz- und Innenminister in Luxemburg zurückgekommen. Die Verspätung hier ist gar nicht so schlecht; denn so kann ich Ihnen sagen, wie weit wir dort heute Mittag gekommen sind. Ich würde aber gerne noch ein paar Bemerkungen vorweg machen.

Ich bin ganz davon überzeugt, dass es wahrscheinlich eine der größten Herausforderungen sein wird, das Flüchtlingsproblem nachhaltig zu bewältigen, wenn es im Irak bald zu einer besseren Entwicklung kommt, was wir ja alle hoffen. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass Europa seinen Beitrag dazu leisten muss. Ein Teil Europas sind auch wir in Deutschland. Wir haben ja auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb ist das richtig.

Ich habe mich zunehmend davon überzeugt, dass es nicht ausreichen wird, den Ländern in der Region bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems zu helfen, sondern wir müssen auch dafür eintreten, dass ein Teil der Problematik dadurch gelöst wird, dass Flüchtlinge auch in anderen Teilen der Welt Aufnahme finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu muss auch Europa seinen Beitrag leisten; denn man kann das nicht nur anderen raten, sondern man muss dann auch das Seine tun.

Wenn wir sagen, dass Europa seinen Beitrag leisten muss, dann muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten, obwohl wir ganz anders als andere in Europa hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen Vorbelastungen haben. Ich muss gelegentlich darauf hinweisen, dass Deutschland mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aufgrund der Kriege im ehemaligen Jugoslawien aufgenommen hat und wir noch immer an den Folgen leiden. Damals war die europäische Solidarität und damit die Bereitschaft, einen Beitrag zu leisten, geringer als heute. Aber wir wollen ja, dass die Dinge besser werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will gleich hinzufügen: Das Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass alle Flüchtlinge in anderen Teilen der Welt oder in Europa Aufnahme finden. Ziel muss es sein, dass möglichst viele wieder in den Irak zurückkehren können. Deswegen muss das der entscheidende Punkt der mittel- und langfristigen Perspektive sein.

Ich muss folgende Bemerkung machen: Man muss wissen, dass wir in Deutschland nur etwas erreichen können, wenn wir das gemeinsam mit den Ländern tun. Im Übrigen: Die Aufenthaltsgewährung nach § 23 Aufenthaltsgesetz geht nur – das steht auch in der Begründung und ist Praxis –, im Einvernehmen mit den Bundesländern. Deswegen habe ich – auch im Menschenrechtsausschuss des Bundestages – gesagt: Ich bin bereit, bei den Innenministern und -senatoren der Bundesländer dafür zu werben, mir zuzustimmen, dass ich eine solche Initiative auf europäischer Ebene ergreifen kann. Ich bin dankbar, dass die Innenminister und -senatoren aller 16 Bundesländer einstimmig beschlossen haben, sie seien einverstanden, dass der Bundesinnenminister eine solche Initiative ergreift. Dies habe ich im April im Rat der europäischen Justiz- und Innenminister getan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zunächst war es nur eine Ankündigung, und heute haben wir es, weil es auf der Tagesordnung stand, etwas substanzieller beraten. Ich hatte es mit dem schwedischen Kollegen, dem slowenischen Kollegen – der amtierenden Präsidentschaft und dem französischen Kollegen – Frankreich wird die Präsidentschaft – übernehmen – beraten. Wir sind auch heute nicht zu einer abschließenden Entscheidung gekommen. Ich bleibe dabei, dass es richtig ist – so war die Beschlussfassung der Konferenz der Innenminister der Bundesländer –, dass wir einen Beitrag im Rahmen einer europäischen Aktion leisten wollen. Davon sollten wir nicht abgehen.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Und konkret?)

– Wir haben heute keine Zahlen genannt, geschweige denn beschlossen. So weit sind wir nicht.

Weil andere davon sprachen, sie machten bereits etwas und hätten nationale Quoten, habe ich in den Beratungen darauf hingewiesen, dass Deutschland in jedem Monat durchschnittlich mehr als 500 Asylbewerber und Flüchtlinge aus dem Irak aufnimmt. Es ist keineswegs so, dass keine Menschen aus dem Irak nach Deutschland kämen und hier Aufnahme fänden. Trotzdem sollten wir einen weiteren Schritt tun.

Heute haben sich all diejenigen, die sich im Rat der Justiz- und Innenminister geäußert haben – auch der zuständige Kommissar und Vizepräsident Barrot; geäußert haben sich Frankreich, Schweden, Großbritannien, die Niederlande, Slowenien usw. –, sehr für unsere Initiative ausgesprochen. Ziel ist es, dass wir spätestens unter französischer Präsidentschaft – möglichst im September, so habe ich es mit dem Kollegen vor zwei Wochen vorbesprochen – zu einer Beschlussfassung kommen und hierbei mit dem UNHCR zusammenwirken. Natürlich sollen auch die europäischen Mitgliedstaaten, die sich an einer solchen Aktion solidarisch beteiligen, daran mitwirken können, welche Menschen geeignet sind, in welchem Land Aufnahme zu finden, wer besonders verfolgt ist und wer bessere und wer schlechtere Rückkehrperspektiven hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht aber in der Genfer Flüchtlingskonvention so nicht drin!)

Deswegen ist, mit Verlaub, die Beschlussempfehlung des Ausschusses richtig und der Antrag falsch. Er ist zu schematisch; er löst das Problem nicht.

Aber wir sind ja in der Sache nicht auseinander.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Da bin ich gespannt!)

– Sie vielleicht schon.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Sie haben bisher außer Formeln nichts gesagt!)

– Es gibt doch keine Formeln. Ich habe im Gegensatz zu Ihnen etwas getan. Ich habe ziemlich viel getan, damit wir hier vorankommen und das Problem gelöst wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich erläutere Ihnen, wie wir es am besten lösen und einen europäischen Konsens zustande bringen können. Es ist übrigens den Menschen und der Region mehr gedient, wenn es eine gemeinsame europäische Initiative gibt. Dafür habe ich auch das Einverständnis der Innenminister aller Bundesländer, das ich dazu brauche, was auch richtig so ist.

Wir haben gesagt, wir müssten doch denjenigen helfen, die besonders verfolgt sind. Das sind nun einmal die religiösen Minderheiten, wie es im europäischen Sprachgebrauch heißt. Wenn Sie im Irak genau hinschauen, dann glauben Sie kaum, welche religiösen Minderheiten unter den Flüchtlingen besonders bedrängt und verfolgt sind. Besonders schlecht haben es die Christen. Das darf man auch unter der Geltung des Grundgesetzes und der Neutralität sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann muss man bei einer zwischen EU, Aufnahmeland und UNHCR abgestimmten Aufnahmepolitik – Resettlementpolitik – auch bedenken, wer am besten wohin passt und wen man wo aufnehmen kann. Ich sage das mal in meiner alemannischen Art. Natürlich könnte man auch sagen, die Christen sollten möglichst in der Türkei Aufnahme finden, die Muslime möglichst in Mitteleuropa. Ich halte es ein bisschen anders auch für intelligent, wenn ich an die Chance denke, dass die Menschen sich einfügen und zusammenpassen. Deswegen kann ich nicht erkennen, dass es irgendwie diskriminierend sei, wenn sich die christlichen Kirchen in Deutschland dafür einsetzen, dass wir in besonderer Weise Christen helfen, was nicht heißt, dass wir anderen nicht auch helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Darüber gibt es übrigens in Europa auch großes Einverständnis. Jedes Mitgliedsland wird sein System nach seinen eigenen Überzeugungen und Erfahrungen auslegen. Verabredet ist, dass jedes Land im Rahmen der europäischen Aktion daran mitwirken kann, zusammen mit dem UNHCR mitzubestimmen, wen wir aufnehmen.

Ich habe mit dem Vertreter der Innenministerkonferenz, dem Berliner Innensenator Körting, verabredet, nicht bis zu einer formalen europäischen Beschlussfassung zu warten. Auch das habe ich angekündigt, und ich habe dafür geworben, dass andere Mitgliedstaaten auch so verfahren. Vielmehr haben wir besprochen, ob wir nicht im Vorgriff auf eine europäische Beschlussfassung jetzt

schon handeln sollten. Einige Länder sind schon dabei.

Herr Kollege Körting und ich werden mit den Innenministern und -senatoren der Bundesländer in dieser Frage in den nächsten Tagen Kontakt aufnehmen. Zwar muss eine europäische Aktion, bei der wir – in Abstimmung mit dem UNHCR – mitreden, wer in Deutschland aufgenommen wird, das Ziel bleiben, aber wir können in Erwägung ziehen, im Vorgriff auf diese Aktion schon jetzt zu handeln. Ich werbe dafür, das zu tun.

Wenn wir in diesem Sinne ein starkes Einverständnis erzielen, dann wird dies auch die Einigkeit der Innenminister und -senatoren der Länder fördern. Ich werbe dafür, dass wir in dem Stil, in dem wir diese Debatte geführt haben, aufeinander zugehen, es gemeinsam angehen und uns nicht wieder durch Profilierungsversuche auseinandertreiben lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulla Jelpke, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit über einem Jahr diskutiert der Innenausschuss über die humanitäre Hilfe für irakische Flüchtlinge. Wir haben damals den Antrag der Linken diskutiert, die ihn zuerst eingebracht hat. Dann folgte der Antrag der Grünen. Die Anträge sind abgelehnt worden.

Heute diskutieren wir über Soforthilfe für Flüchtlinge aus dem Irak; es geht nicht um eine Hilfe zu irgendeinem späteren Zeitpunkt. Es wurde bereits angesprochen, dass es um fast 5 Millionen Menschen im Irak geht, die auf der Flucht sind. Etwa 2,2 Millionen Menschen sind innerhalb des Irak auf der Flucht, und 2,7 Millionen Menschen sind in die inzwischen überlasteten Nachbarländer geflüchtet, die es sich nicht mehr leisten können, diese Flüchtlinge zu ernähren.

Allein in Deutschland leben zurzeit 25 000 irakische Flüchtlinge, die anerkannt sind. 9 000 sind nur geduldet. Sie müssen täglich davon ausgehen, das Land zu verlassen.

Herr Schäuble, zu meinem Erstaunen war heute zumindest zu hören, dass Sie bereit sind, jetzt schon mit der Hilfe anzufangen. Das ist in der Tat eine neue Information. Am Mittwoch

hieß es im Innenausschuss noch, dass frühestens unter der französischen Ratspräsidentschaft, möglicherweise im Oktober, damit begonnen werden soll.

Die Linke ist der Meinung, dass Soforthilfe nötig ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nach einem Jahr intensiver Debatte im Innenausschuss ist es ein Armutszeugnis, dass die deutsche Ratspräsidentschaft diesen Punkt nicht aufgegriffen hat. Man muss nicht warten, bis die einzelnen Länder der EU bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen. Die geltende Rechtslage erlaubt es, hier und jetzt mit dem Resettlement-Programm zu beginnen. Das fordern das UNHCR und viele Flüchtlingsorganisationen seit langem.

Herr Schäuble hat darauf hingewiesen, dass die Länder mit einbezogen werden müssen. Wie lange soll das denn dauern, wenn erst jedes einzelne Land darüber beraten will, ob es Flüchtlinge aufnimmt? Bisher sind Zahlen zwischen 1 000 und 2 000 Flüchtlingen im Gespräch. Das halte ich für viel zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Kirchen haben sich vorbildlich dafür eingesetzt, dass die irakischen Flüchtlinge auch in Deutschland aufgenommen werden. Ich bin sicher, dass die Kirchen nicht der Meinung sind, dass dabei ausschließlich die christliche Minderheit zu berücksichtigen ist, die in der Tat besonders verfolgt wird. Wir treten vielmehr dafür ein, dass die Flüchtlinge unabhängig von ihrer religiösen Einstellung oder ethnischen Herkunft hier aufgenommen werden können.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Zum Schluss möchte ich einen Punkt ansprechen, der ebenfalls in die Gedanken von Herrn Schäuble einfließen sollte. Sie haben hinsichtlich einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke angekündigt, dass im kommenden Jahr der Asylstatus von 12 500 irakischen Flüchtlingen erneut überprüft werden solle. Das bedeutet, dass die betroffenen Menschen Angst vor der Zukunft haben, Angst, möglicherweise in ein Land abgeschoben zu werden, in dem Krieg geführt wird. Das Bundesamt sollte angewiesen werden, keinerlei Überprüfungen vorzunehmen,

sondern den Menschen ihren Asylstatus zu belassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Linke will eine klare europäische Regelung für die Beteiligung an den Resettlement-Programmen. Das kann gar keine Frage sein. Andere europäische Länder tun das bereits. Es ist wichtig, dass diejenigen, die es nicht tun, überzeugt werden; denn die Flüchtlinge aus dem Irak brauchen unsere Solidarität und vor allen Dingen eine Lösung. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Grünen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Kerstin Mller, Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Mller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat gezeigt: Wir sind uns über die dramatische Lage der irakischen Flüchtlinge weitgehend einig. Wir sind uns ebenfalls darüber einig, dass Deutschland und die Europäische Union dringend und schnell helfen müssen, und zwar auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Mützenich, Sie haben eine gute Rede gehalten und sicherlich gesehen, dass wir Grüne Ihnen voll zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin gespannt, wie Sie sich bei der Abstimmung über unseren Antrag verhalten werden. Nach Ihrer Rede müssten die SPD-Fraktion, aber auch Kolleginnen und Kollegen von der Union unserem Antrag zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie der Abg. Elke Hoff [FDP] und des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Die Aufnahmeländer Syrien und Jordanien dürfen mit den Flüchtlingen nicht alleine gelassen werden. Sie sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und reagieren teilweise sehr restriktiv auf die Flüchtlinge, zum Beispiel mit

Arbeitsverboten, was zur Folge hat, dass die Flüchtlinge in katastrophalen Verhältnissen leben. Herr Vaatz und Frau Steinbach, Sie haben das alles auf Ihren Reisen erfahren. Herr Schäuble, wir begrüßen es sehr, dass die EU-Innenminister auf deutsche Initiative hin endlich darüber beraten haben, wie sich die EU im Rahmen von Resettlement-Verfahren an der Aufnahme irakischer Flüchtlinge beteiligen kann. Das ist ein wichtiges humanitäres Signal und eine der zentralen Forderungen unseres Antrags, der deshalb von vielen Kolleginnen und Kollegen unterstützt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es muss aber auch gesagt werden – dies haben Sie leider unterschlagen, Herr Schäuble – : Dieses Signal war überfällig. Durch das fast ein Jahr dauernde Hin und Her in der Koalition in der Frage, wie man mit den irakischen Flüchtlingen verfahren soll, wurde eine schnelle Lösung auf der europäischen Ebene verhindert; das ist unverantwortlich. Schon während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hätten Sie die Initiative ergreifen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Elke Hoff [FDP])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Müller, vielleicht warten Sie einen Augenblick. Ich stoppe auch Ihre Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vonseiten der Grünen nicht möglich, die Kollegin zu hören. Herr Kollege Reiche, ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen oder außerhalb des Saales fortzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich will auf den Grund eingehen. Teile der Union haben lange Zeit gefordert, nur Angehörige christlicher Minderheiten aufzunehmen. Damit wurden eine entsprechende Regelung und eine schnelle Einigung in der Europäischen Union verhindert. Herr Grindel und Herr Uhl von der Union haben noch vor einigen Tagen gesagt, dass es keine Beschlusslage in der Fraktion dazu gebe und dass man sich bei der Aufnahme keinesfalls an den Resettlement-Gruppen des UNHCR orientieren dürfe. Diese Position ist angesichts des Elends der Flüchtlinge unhaltbar. Es darf nicht nach religiöser Zugehörigkeit, sondern es

muss nach der Schutzbedürftigkeit der irakischen Flüchtlinge gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD, der FDP und der LINKEN)

Herr Vaatz, Sie haben es auf Ihrer Reise selbst zu hören bekommen. Der UNHCR in Damaskus hat zu Recht gesagt: Wir weigern uns, nach diesem Kriterium vorzugehen. Ich möchte Ihnen das Beispiel einer sunnitischen Frau nennen, die fünf Kinder hat und in Damaskus in einem Kellerloch lebt. Ich glaube, Sie sind mit diesem Beispiel konfrontiert worden. Sie wurde vertrieben, weil sie zur sunnitischen Minderheit im Irak gehört, und muss ihre fünf Kinder mehrere Stunden am Tag in diesem Kellerloch einsperren, damit sie illegal etwas Geld verdienen kann. Ich frage Sie: Ist diese Frau weniger schutzbedürftig als Angehörige christlicher Minderheiten? Das kann nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Herr Schäuble, Sie haben die katholische und die evangelische Kirche erwähnt. Vertreter beider Kirchen waren auf dieser Reise Ihrer Kollegen mit. Ich möchte den von uns allen sehr geschätzten Prälaten, Herrn Jüsten, zitieren. Er hat nämlich nach dieser Reise Folgendes gesagt: Bei Härtefällen ist die Religion zweitrangig. Da gilt die Geschichte vom barmherzigen Samariter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

Ich kann Ihnen nur sagen: Er hat recht. Das muss die Richtlinie von Christinnen und Christen bei der Aufnahme von Flüchtlingen sein. Insofern hoffen wir, dass es zu einem schnellen Beschluss auf der Ebene der Europäischen Union kommt. Aber ich möchte Sie auch auffordern: Solange die Europäer nicht entscheiden, muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen – aber nicht, indem nach Christen und Nichtchristen unterschieden wird – und schnell und unbürokratisch irakische Flüchtlinge hier aufnehmen. Dazu fordere ich die Innenminister und die Bundesregierung auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bünd-nis 90/Die Grünen mit dem Titel „Hilfe für irakische Flüchtlinge ausweiten – im Irak, in Nachbarländern und in Deutschland“. Ich weise die Kolleginnen und Kollegen darauf hin, dass uns Erklärungen nach § 31 vorliegen, die von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen unterschrieben wurden.¹ Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/9006, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/7468 abzulehnen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion Bünd-nis 90/Die Grünen namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir setzen die Beratungen fort.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 15 zurück und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen

Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Hilfe für irakische Flüchtlinge ausweiten – Im Irak, in Nachbarländern und in Deutschland“ – Drucksachen 16/7468 und 16/9006 – bekannt: Abgegebene Stimmen 528. Mit Ja haben gestimmt 387, mit Nein haben gestimmt 141, Enthaltungen 0. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

¹ Anlagen 4 und 5

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 527;
davon
ja: 387
nein: 140

Ja

CDU/CSU

Ulrich Adam
Peter Albach
Peter Altmaier
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Otto Bernhardt
Clemens Binninger
Renate Blank
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Michael Brand
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Dr. Stephan Eisel
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer
(Göttingen)
Dirk Fischer
(Hamburg)
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Dr. Hans-Peter
Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad
Fromme

Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Eberhard Gienger
Ralf Göbel
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-
Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor
Freiherr zu
Guttenberg
Olav Gutting
Holger Haibach
Ursula Heinen
Uda Carmen Freia
Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer
Franz-Josef
Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke-Witt
Dr. Peter Jahr
Andreas Jung
(Konstanz)
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder
(Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Jens Koeppen
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk

Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Dr. Karl Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Katharina Landgraf
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Ingbert Liebing
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold
Patricia Lips
Dr. Michael Luther
Stephan Mayer
(Altötting)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Laurenz Meyer
(Hamm)
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans
Michelbach
Dr. Eva Möllring
Marlene Mortler
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller
(Erlangen)
Dr. Gerd Müller
Hildegard Müller
Bernd Neumann
(Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Peter Rauen
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche
(Potsdam)
Klaus Riegert

Dr. Heinz
Riesenhuber
Franz Romer
Johannes Röring
Kurt J. Rossmanith
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Albert Rupprecht
(Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer
(Saalstadt)
Hermann-Josef Scharf
Dr. Wolfgang
Schäuble
Hartmut Schauerte
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt
(Fürth)
Andreas Schmidt
(Mülheim)
Ingo Schmitt (Berlin)
Dr. Andreas
Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-
Drüggette
Uwe Schummer
Wilhelm Josef
Sebastian
Kurt Segner
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes
Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian Freiherr von
Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Thomas Strobl
(Heilbronn)
Michael Stübgen
Hans Peter Thul
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg
Peter Weiß
(Emmendingen)

Gerald Weiß (Groß-
Gerau)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Anette Widmann-
Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth
Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhl
Wolfgang Zöller

SPD

Gregor Amann
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Ernst Bahr
(Neuruppin)
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter
Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Klaus Uwe Benneter
Dr. Axel Berg
Ute Berg
Petra Bierwirth
Lothar Binding
(Heidelberg)
Volker Blumentritt
Kurt Bodewig
Clemens Bollen
Gerd Bollmann
Dr. Gerhard Botz
Klaus Brandner
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Dr. Michael Bürsch
Christian Carstensen
Marion Caspers-Merk
Dr. Peter Danckert
Dr. Herta Däubler-
Gmelin
Karl Diller
Dr. Carl-Christian
Dressel
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Detlef Dzembritzki
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Hans Eichel
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Gabriele Frechen
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Martin Gerster

Iris Gleicke
Renate Gradistanac
Angelika Graf
(Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Kerstin Griese
Achim Großmann
Wolfgang Grotthaus
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Nina Hauer
Hubertus Heil
Dr. Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Gabriele Hiller-Ohm
Stephan Hilsberg
Petra Hinz (Essen)
Iris Hoffmann
(Wismar)
Frank Hofmann
(Volkach)
Eike Hovermann
Klaas Hübner
Christel Humme
Johannes Jung
(Karlsruhe)
Josip Juratovic
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Dr. h. c. Susanne
Kastner
Ulrich Kelber
Christian Kleiminger
Astrid Klug
Dr. Bärbel Kofler
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Anette Kramme
Ernst Kranz
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-
Leißner
Dr. Hans-Ulrich
Krüger
Jürgen Kucharczyk
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christine Lambrecht
Christian Lange
(Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Waltraud Lehn
Helga Lopez
Gabriele Lösekrug-
Möller
Dirk Manzewski

Lothar Mark
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Dr. Matthias Miersch
Ursula Mogg
Marko Mühlstein
Detlef Müller
(Chemnitz)
Gesine Multhaupt
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Christoph Pries
Dr. Wilhelm
Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Steffen Reiche
(Cottbus)
Maik Reichel
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-
Hanewinckel
Walter Riestler
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter
Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth
(Heringen)
Ortwin Runde
Anton Schaaf
Axel Schäfer
(Bochum)
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Marianne Schieder
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt
(Eisleben)
Heinz Schmitt
(Landau)
Carsten Schneider
(Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Reinhard Schultz
(Everswinkel)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin
Schwanholz
Rolf Schwanzitz
Rita Schwarzelühr-
Sutter
Wolfgang Spanier
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt

Dieter Steinecke
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Dr. Rainer Tabillion
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. h. c. Wolfgang
Thierse
Jörn Thießen
Franz Thönnies
Rüdiger Veit
Simone Viola
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Petra Weis
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Andrea Wicklein
Engelbert Wistuba
Dr. Wolfgang Wodarg
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidi Wright
Uta Zapf
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

Nein

SPD

Otto Schily

FDP

Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich
(Bayreuth)
Dr. Edmund Peter
Geisen
Dr. Wolfgang
Gerhardt
Miriam Gruß
Joachim Günther
(Plauen)
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger

Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Markus Löning
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-
Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Konrad Schily
Marina Schuster
Dr. Hermann Otto
Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia
Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-
Murr)
Martin Zeil

DIE LINKE

Hüseyin-Kenan Aydin
Karin Binder
Heidrun Bluhm
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Dr. Dagmar
Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Dr. Gregor Gysi
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Cornelia Hirsch
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia
Jochimsen
Monika Knoche
Jan Korte
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Ulrich Maurer

Dorothee Menzner
Kornelia Möller
Kersten Naumann
Wolfgang Nešković
Dr. Norman Paech
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider
(Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Dr. Petra Sitte
Frank Spieth
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck
(Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Dr. Uschi Eid
Hans Josef Fell
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Peter Hettlich
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Bärbel Höhn
Ute Koczy
Sylvia Kotting-Uhl
Renate Künast
Undine Kurth
(Quedlinburg)
Markus Kurth
Monika Lazar
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Winfried Nachtwei
Omid Nouripour
Brigitte Pothmer
Claudia Roth
(Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth
Scharfenberg
Christine Scheel
Irmingard Schewe-
Gerigk
Dr. Gerhard Schick
Rainer Steenblock
Dr. Wolfgang
Strengmann-Kuhn
Hans-Christian
Ströbele

Dr. Harald Terpe
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

fraktionslos

Gert Winkelmeier

